

Die Polizei darf alles!

Der Breslauer Landgerichtsrat Bleich hielt es am Montag während der Verhandlung gegen die „Volkswacht“ für angemessen, öffentlich zu erklären, daß das Verhalten der seine Frau mit dem Säbel bedrohenden Schupmannes Nazare „entschuldigbar“ sei. Ist es da ein Wunder, wenn sich die Volkswacht immer mehr einreden, daß sie tun und lassen können, was sie wollen? Wie sehr sie das tun, bewies jetzt eine Schöffengerichtsverhandlung in Nürnberg, über welche uns folgendes berichtet wird:

Einem neuen Beweis für das „korrekte“ Verhalten der Polizei während der Straßensubvention in der Regensburgerstraße lieferte eine Verhandlung vor dem Schöffengericht gegen den Kellner Ludwig Röhl, der sich wegen „Gruppenbildens“ verantworten hatte. Der Angeklagte schilderte dem Vorfall folgenden Umstände: Ich kam am 25. August vom Vol'kshaus, wo ich bedient war, und wollte nach Hause. Da die Wartung der Regensburgerstraße ziemlich gefährlich war, wollte ich warten, bis die Leute sich etwas verlaufen hatten und begab mich deswegen in der Nähe in eine Wirtschaft, um noch ein Glas Bier zu trinken. Von dort aus kam ich später glücklich bis zur Wegger'schen Fabrik, wo eben Sammler 4-5 Verwandte vorbeifuhren. Aus Neugierde bin ich einem Moment stehen geblieben, um zu sehen, was hier los sei. Im Augenblicke aber sah ich: „Marich, weiter gehen!“ Ich mich umwandte, um zu gehen, erzielte ich einen Schuß von hinten in die Achselhöhle. Als ich dem Schupmann sagte: „Sie haben mich erschossen“, schrie dieser mich an: „So Schmitz vom Teufel, sonst schäme ich Sie recht nieder!“ Der Angeklagte begab sich zu dem Arzt Dr. Erlanger, wo die Kugel entfernt wurde. Da aber der Verband unterwegs sich wieder löste, ging er auf die Sammlerstraße, um sich nochmals verbinden zu lassen. Hier wurde Röhl dann verhaftet. (Wohnt werthig!) Man sollte nun glauben, daß der Schupmann, der die Menge aufwiegelt, weiter zu gehen und gleichzeitig mehrere Mordanschläge abgibt, als Beuge erachtet wäre, um den Angeklagten wegen der „Gruppenbildung“ zu überführen. Doch weit gefehlt, ein Schupmann Kupfer war da, der aber nicht in der Regensburgerstraße zu tun hatte. Die Verhandlung wurde ausgesetzt, um neue Zeugen laden zu lassen, da die Sache nicht genügend geklärt war.

Die Geburt der deutschen Staatsbürger den Volkswacht gegenüber wird auf eine verdammt harte Probe gestellt.

Landtags-Stichwahl in Berlin!

Aus Berlin wird uns geschrieben: Dem Berliner Freisinn wird also auch die letzte Schande nicht erspart bleiben. Er wird sich das neunte Berliner Landtagsmandat bei den konservativen erbitten müssen. Mit des Dreßgrafen Rückert Hilfe mag Herr Müller-Sagan es erreichen, daß statt eines Vertreters der zweimalhunderttausend Berliner Sozialdemokraten er selbst als Sieger seinen Einzug in den Landtag hält.

Bei der Abgeordnetenwahl am Dienstag haben 2448 Wahlmänner ihre Stimmen abgegeben. Die Sozialdemokratie rückte mit 1114 Stimmen an die Spitze, sie hat seit 1903 14 Wahlmänner gewonnen, der Freisinn blieb mit 1111 Wahlmännern hinter ihr zurück, er hat 198 Stimmen verloren, die konservative Partei stieg von 182 auf 211 Stimmen. Also Stichwahl zwischen Lebehour und Müller-Sagan! Am 4. Dezember soll die Entscheidung fallen. Und bei den Männern des antisemitischen Mittelständlers liegt die Entscheidung, die — man darf es sich zur Ehre anrechnen, natürlich nicht im Sinne der Sozialdemokratie ausfallen wird.

318 der bei den Urwahlen gewählten Wahlmänner haben von ihrem Wahlrecht überhaupt keinen Gebrauch gemacht. Das unter diesen 318 Wahlmännern die Sozialdemokratie stark vertreten wäre, ist natürlich ausgeschlossen, auch das kleine Häuflein der Mittelständler hat, das beweist der Stimmenzusammenschluß, seine Leute zusammengehalten. Die Enthaltungen sind also offenbar zum großen Teile freisinnig gewesen, und auf diese Enthaltung ist der starke Stimmenrückgang des Freisinn zurückzuführen. Es scheint also beinahe, als ob einem Teil der freisinnigen Wahlmänner bei der Geschichte nicht ganz wohl gewesen wäre. Das mag zum Teil an der Person des Kandidaten liegen, zum Teil aber auch daran, daß sie keinen Ehrgeiz fühlten, die ihnen zugewiesene Rolle durchzuführen und Mitverurtheilung eines in jenen Urteilen zu werden. Man kann ihnen als ihre Zurückgezogenheit gönnen, und wenn sie wirklich auf die angeordneten Ursachen zurückzuführen ist, gereicht sie ihnen nur zur Ehre.

Konservative Blätter verurteilen bereits mit väterlichem Wohlwollen, daß die konservativen Stimmen rethlos bei der Stichwahl auf Herrn Müller-Sagan übergehen würden. Für jene wenigen seiner eigenen Parteigenossen, die vielleicht keine Lust haben, an der Komödie mitzuwirken, rächt die antisemitische Garbe — furchlos und tren — als Erstgelehrter ein. Und bald kann es im freisinnigen Lager heißen: Nun danket alle Gott!

Eine Ohrfeige für die Eitellichkeit?

Der „Berliner Lokalanzeiger“ bringt die Behauptung, daß der Mitarbeiter und Mitverleger des „Simplicissimus“, Bruno Paul, zum Direktor des Berliner Kunstgewerbemuseums ernannt worden sei. Die Ernennung erfolgte durch den Kaiser.

Das steht nicht im „Simplicissimus“, sondern im „Lokalanzeiger“. Folglich ist es wahr! Und das Gerücht davon ging schon lange im Lande herum, und die konservative Presse verzeihete es mit schmerzlichen Achzeln. Folglich ist es doppelt wahr.

Was kann man wissen? Ein vaterländischer Gelehrter, berühmter Vertreter der Wissenschaft, Mitherausgeber eines schätzlichen Blattes, das in seinem deutschen Vaterlande geduldet wird, eines Mannes, das das deutsche Volkleben systematisch vergiftet, alle höchsten Güter der Nation in den Schmutz zieht, wird Direktor eines der ersten preussischen Kunstmuseen, und wie lange wird es dauern, bis man den jetzt Verurtheilten der Geheimratstitel gewährt? Simplicissimus: Bismarck bei Hofe! Der rote Wasps ist los, der rote Wasps ist frei! Armer Eigenknecht Mümm, armer Eigenknecht Bohn!

Herr Bruno Paul wird, so steht bei Ebert zu lesen sein Verhältnis zum „Simplicissimus“ offen. Es ist von ihm doch wohl nicht zu befürchten, daß er sein Verhältnis zu seiner Kunst- und seiner Weltanschauung

in seiner Kunst- und seiner Weltanschauung löst, und den Stiefel ruhen läßt, der ihm auch im deutschen Proletariat zahlreiche Freunde erworben hat. Bruno Paul mit seinen vierunddreißig Jahren als abgeklärter künftlich preussischer Kunstgänger und Stadjlänger — lieber Simplicissimus, das wäre schlimm! Unser englischer Genosse Walter Crane hat auch als Direktor der königlichen Kunstakademie in London treffliche Kunstblätter der Sache des Proletariats und des Sozialismus gewidmet. In England geht das. Ob auch in Preußen, wird sich zeigen!

Nig dattsch!

Der preussische Kultusminister Stubbert erläßt an das Posener Metropolitankapitel folgende Synodal-Rundgebung:

Dem Metropolitankapitel danke ich für die gefällige Anzeige von dem nach langem Leiden erfolgten Tode des Erzbischofs von Gnesen und Polen, Herrn D. von Stabrowski. In gleichem Maße spreche ich den Erzbischofen zu dem schmerzlichen Verlust, den sie durch den Hinschied ihres Oberhirten erlitten, meine Anteilnahme und Mitleid aus. S. M. dem Kaiser und Königin habe ich, dem dortseitigen Wunsche entsprechend, von dem Ableben des Herrn Erzbischofs Mitteilung erstattet.

Der Herr Minister wollte offenbar durch die eigenartige Fassung seines diesseitigen gefälligen Beileidschreibens zum Ausdruck bringen, daß sowohl diesseits wie auch dortseits Nig dattsch die Parole ist. Aus diesem Grunde glauben auch wir von dem dem Minister nach langem Leiden geborenen preussischen Wunderkind unseren Lesern Mitteilung erstatten zu sollen, mit dem gleichzeitigen Bemerkung, daß es diesseits nunmehr völlig begreiflich erscheint, warum die polnischen Kinder auch nicht durch Prügel zum Lernen der deutschen Sprache zu bewegen sind.

Den polnischen Herren vom Metropolitankapitel wäre die Infamie zu vertrauen, daß sie dem Herrn Minister auf sein dortseitiges gefälliges Beileidschreiben — in klassischem Deutsch antworten.

Die Partei des Verrats.

Wie sich das Zentrum zu dem neuesten Versuch des „Vabischen Beobachters“ vom 24. d. Mts. erkennen. Das Blatt erwähnt die gleichzeitigen Angriffe der sozialdemokratischen Presse und der „Deutschen Arbeiterzeitung“ auf den Gesetzesentwurf betreffend die Nichtsfähigkeit der Vereine und kommt zum Schlusse:

Wenn so von links und rechts auf den Entwurf eingeschlagen wird, muß das Zentrum all sein Geschick und seine Kraft aufwenden, um das Gesetz unter Dach zu bringen.

Dabei will das Organ der reaktionären Avantgarde den Arbeitern noch auf einige Monate den schwachen Schimmer eines Trostes lassen, daß Bestrebungen bestehen, die „eingeschnittenen Rauten aus dem Entwurf herauszubringen“. Ob das Zentrum diese Bestrebungen fördert oder bekämpft, sagt der Artikel nicht.

Die gesinnungsrichtige Opposition gegen den „roten“ Großherzog.

Aus Darmstadt wird uns telegraphisch gemeldet: In der gestrigen Sitzung der ersten Kammer der Landeshäute einigte man sich über den Fall Etkner-Offenbach (der zum Vizebürgermeister gewählt wurde) auf folgenden Antrag: Das Wahlrecht im Sinne der Städteordnung fassen wir dahin auf, daß durch dasselbe der Staatsraison und den idealen Gesichtspunkten Geltung verschafft werden soll, denen der Staat zu dienen berufen ist. Wir sind der Ueberzeugung, daß grundsätzlich obrigkeitliche Funktionen Personen nicht mehr übertragen werden dürfen, die als Angehörige der Sozialdemokratie programmatisch die monarchische Staatsform und die bestehende Verfassung ablehnen und in diesem Sinne zu wirken, für ihre politische Aufgabe halten. Die Zulassung des Stadtverordneten Etkner zur obrigkeitlichen Stellung als Beigeordneter widerspricht dieser Auffassung. Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß die Politik der Großherzoglichen Regierung in Zukunft im Sinne dieser Erklärung Nichtung nehmen wird.

Unruhig verpulverte Millionen.

Jeder Soldat in Deutsch-Südwestafrika kostet dem Reiche pro Jahr 10,000 Mark. Da die Anzahl der zur Zeit in jenem Schutzgebiete befindlichen Soldaten über 14,000 beträgt, so kann man sich schon hieraus eine Vorstellung machen, wie hohe außerordentliche Aufwendungen für jene unglückselige, zum großen Teil aus Sandwüsten bestehende Kolonie gemacht werden müssen. Wahrhaftig, unsere kolonialen Liebhäbereien können uns teuer zu stehen, selbst wenn man den Verlust so vieler waderer Menschenleben nicht mit in Rechnung setzt! Darüber kann die brillianteste Zahlungsupplierung Dornburg'scher Kunst nicht hinwegtäuschen.

Vor Preußen voran.

Gesetzkraft erlangt hat schon eine Novelle zur badischen Gemeindeordnung. Demgemäß dürfen Frauen in allen Orten mit mehr als 2000 Einwohnern in Kommissionen der Gemeindeverwaltung Sitz und Stimme erhalten bis zur Zahl eines Viertels der Kommissionsmitgliedschaft. Die Ernennung geschieht durch die Gemeindebehörde. Es kommen hauptsächlich folgende Verwaltungszweige in Betracht: Unterricht und Erziehen, Armen- und Krankenwesen.

Strafe für die Enthaltungen.

Der neue transatlantische Dampfer des Norddeutschen Lloyd, der am 3. Dezember auf der Schiffsanwerft in Danzig vom Stapel läuft, sollte ursprünglich den bereits angebrachten Namen „Gohensche“ führen. Nach dem Erscheinen der Memoiren und noch mehr des kaiserlichen Einrückungsgramms soll jedoch der Dampfer in „Reich von Hollendorf“ umgetauft werden.

Ein roter Geschworener.

Aus Halle a. S. wird uns geschrieben: Ein Beirathen hat sich an dem preussischen Landgericht in Halle ereignet. Der Exekutivbesitzer, Genosse Konrad Müller-Schmidt, zur Zeit sozialdemokratischer Reichstagskandidat, wurde als Geschworener für die heute be-

Genossen wurde auch als Mitwirkender der Abtichen Bocke vom Vorstehen aus der Urne gezogen — aber der Staatsanwalt lehnte die Mitwirkung unserer Genossen ab — das soll an sich nichts Auffälliges sein — ab. Wie vermuten, daß unser Genosse Geschworener ohne jede praktische Tätigkeit bleiben wird. Unsere Rechtsprechung ist schon so einträglich, daß die sozialdemokratischen Dämme nicht in den Himmel wachsen.

Die Zuhörerschaftspolitik geht weiter! Aus Berlin wird uns gemeldet: Wie die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ erzählt, ist man nunmehr in den maßgebenden Kreisen vollkommen davon abgekomen, irgendwelche Abschwächungen des „Gehungschußes“ als Maßnahmen zur Eindämmung der Fleischpreiserhöhung einzuführen. Die Marktlage (d. h. die hohen Fleischpreise) und die Preisbewegung könnten keine Veranlassung geben, Abschwächungsmaßnahmen durchzuführen.

Kleine politische Nachrichten.

Bei der weimariischen Landtagswahl für Apolda-Stadt wurde der bisherige Abgeordnete Baurert (Soz.) wiedergewählt. — Der Magistrat von Nürnberg setzte einen Ausschuss ein, der unter Aufsicht Sachverständiger von Zeit zu Zeit prüfen soll, ob die Fleischpreise den Viehpreisen entsprechen. — Durch Beschluß der Generalkonferenz der Schutzmächt ist auf Kreta, wie man von dort berichtet, die Zensur für Zeitungen, periodische Druckschriften und Telegramme aufgehoben worden, wofür auf Kreta lebhaftes Befriedigung herrscht. Ferner wurden auf Anordnung der Vertreter der Schutzmächt die Personen, die wegen Beteiligung an den Unruhen anlässlich des Rücktritts des Prinzen Georg vom Oberkommando in Haft genommen worden waren, in Freiheit gesetzt. — Nach einer Times-Nachricht haben die Japaner die Ueberbrückung des Jalusufes bei Sogambo für vier Millionen Mark beschlossen. Die Brücke soll gleichzeitig mit der Uie Widsch-Musden vollendet werden und eine direkte Verbindung zwischen Fusan und Wudun herstellen. — Die Gesamtzahl der in Japan Kriegsgefangenen gemessen an russischen Soldaten beträgt nach der endgiltigen Rechnung 67,668 Mann.

Ausland.

Die Freiheit in der Demokratie.

In der göttlichen Demokratie geföhren noch ganz schauerhafte Dinge. Man stelle sich in einem von gottesgnädiger Autorität regierten Staate — etwa im Deutschen Reiche — Soldaten, Offiziere abendrecht, vor, die das militärische System kritisieren! Und nicht etwa in der Intimität des Kabinetts, wo die Verbotsfreiheit über Protektionswäfen und Abwancemängel harte Worte finden mag, sondern in einer öffentlichen Diskussion, in einer wissenschaftlichen Kritik in Gegenwart von Zivilisten.

Deisel Gruel hegen sich jetzt, wie der „Vorwärts“ meldet, in Paris. In der Ecole des Hautes Etudes Sociales, einer freien Hochschule, die in der letzten Zeit die Besuche zu einem von der anstehenden akademischen Tradition freien Wissenschaftsbetriebe gemacht hat, finden jetzt Vorträge und Diskussionen statt über das Thema: „Die Erziehung und die Arme“, Vorträge, die von hundertten von Offizieren und Angehörigen der Offizierschule von St. Cyr besucht werden. Die Initiative zu diesen Unternehmungen ist vom General Bogatne-Dahler, dem Kommandanten des 13. Armeekorps, ausgegangen. Die Vorträge werden von Militärs verschiedener Grade und von gelehrten Zivilisten gehalten. Die Diskussion ist vollständig frei. Jeder Teilnehmer kann an den Vorträgen Fragen richten und dieser sie ohne jede „Standecktheit“ beantworten.

So fand im Anschluß an einen Vortrag, den der Hauptmann Demongeot über die moralische Erziehung der Rekruten (unter dem Titel: „Mürger und Soldat“) gehalten hatte, folgende Frage eines Leutnants Beantwortung: „Welches ist Ihre Auffassung vom Vaterland? Und welches wird die dieser Auffassung entsprechende künftige Organisation der Armee sein?“ Hauptmann Demongeot antwortete völlig unbefangen: Das Wort wie die Idee des Vaterlandes ist ebenso der Kritik unterworfen wie jede Meinung überhaupt. Und gerade die Vaterlandsidee geböre zu denen, die bisher am oberflächlichsten definiert worden seien! Er fuhr dann fort: „Das Vaterland ist eine Gemeinschaft von Interessen und Idealen, die die Glieder einer Demokratie mit einander verbinden. Es widerspricht der Meinung des Volkes, sich ohne Grund zu schlagen. Die Massen wollen für etwas kämpfen. Unsere Väter haben für ein religiöses Ideal gekämpft, später für ein politisches; das künftige Ideal wird vielleicht ein wirtschaftliches sein. Doch sei dem wie immer. Was man dem Volke begreiflich machen muß, ist, daß ein vernünftig aufgeführter Patriotismus nicht im Widerspruch steht mit dem Internationalismus. Es ist unruhig und ungesund, ein Gefühl zu verneinen, um ein anderes einzupflanzen. Wie der Familienstern den höchsten Gemeinfinn in seinem Schoße getragen hat, kann der Gemeinfinn der Provinz und weiter den des Staates, so birgt die nationale Idee natürlich die internationalen. Beide sind gleichermäßen gesund. Warum sollen wir den jungen Leuten verheimlichen, daß eines Tages die Vereinigten Staaten von Europa eine vollzogene Tatsache sein werden?“ — Die künftige Entwicklung der Armee sieht der Vortragende in der Richtung der Volkswehr! Mag das Wort auch erschrecken, die Sache ist unvermeidlich und die Frage gestellt. Die Zeit ist nahe, da die Armee nicht mehr ein Organ für sich, mit einer besonderen Funktion, sein wird. Ein Krieg würde heute schon das ganze Land mit allen seinen Kräften mobilisieren.“ Dabei sei es, so schloß er, besser, die Soldaten, statt sie mit dem Drill zu quälen, darauf vorzubereiten, daß sie ihre militärische Pflicht wie alle ihre bürgerlichen Pflichten erfüllen!

Als Rundgebung des neuen Geistes, der unter dem unverkennbaren Einflusse der im sich greifenden sozialistischen Ideen die Demokratie durchdringt, verdienen diese Darlegungen besondere Beachtung. Es würde nicht Wunder nehmen, wenn die sich immer mehr aus den intelligenten Volkselementen ergänzende Demokratie der Armee bald weiter wäre, als die in lärmenderen Hyster-Egoismus verkommene rabuläre Kleinbürgeret.

Gegen die Massen. Montag früh wurde in vier Kirchen in Rom, sowie im erzbischöflichen Palast die Inventarisierung vorgenommen. In diesem Zwecke waren seit den letzten Tagen bedeutende Truppenabteilungen zusammengezogen worden. In der Kathedrale wurden vier Turen eingeschlagen und über 40 Schüsse gesprengt werden. Im bischöflichen Palast weigerte sich der Bischof, die Schlüssel zu seinen Privatgemächern auszuhandigen.

Der frühere Polizeidirektor Rom gegen den „Avanti“ Der Grandfürst Gungui hat gegen unter Zentralorgan Anfrage wegen Verleumdung gestellt, weil dieser die Bomben im Café Aragano und in der Peterskirche mit den „dresdener“ Bomben vom Jahre 1894 in Parallele gestellt hatte. Demals plachten in Rom an allen Ecken und Enden Bomben, und es kam schließlich heraus, daß dies das Werk eines früheren Quäfers der Stadt Rom war, der seinen Nachfolger Schwirgeln „breit“ wollte, um wieder an dessen Stelle zu kommen. In dieser Parallele hat der Grandfürst Gungui eine Ehrenbeleidigung gesehen. Ob der „Avanti“ den Wahrheitsbeweis anzuerkennen gedankt, ist noch nicht bekannt.

Beamtens-Obstruktion in Italien. Die Postbeamten in Orma, die außer anderen Reformen eine bessere Besoldung verlangten, machen seit Montag Obstruktion. Die Postbeamten in Rom, Mailand und Neapel haben beschlossen, sich der Bewegung anzuschließen.

Die Bomben-Attentat ist wieder einmal auf den besichtigten...
Helm Pascha, den Chef der Geheimpolizei...
„Obwohl man“ so wird dazu der „Schleier“ geschrieben...
ist man doch schon darin einig, daß entweder Helm Pascha selbst der
Ueberbringer dieses Attentats sei, wie auch im vorigen Jahre, oder sein
Widderlächer Redhib Effendi Melhame, der Großinquisitor des
Reichs. Von den Verwandten hat man einen verhaftet, einen
Armenier, der trotz seiner Wunde am Bein schleimigst Reisbrot aus
genommen hatte, als ihn die Polizei endlich ausgefordert hatte,
seine blutigen Kleider nicht mehr vorzeigen konnte. Die Polizei war
diesmal voller Sorgfalt für die Verwundeten, was sonst nicht der
Fall ist.

Und seid ihr nicht willig... Der Landwirtschaftliche
Verein des Bielefelder Kreises beschloß, wie aus Budapest gemeldet
wird, einstimmig, falls die Ernte-Arbeiter bis zum 31. Januar bei
ihrer Weigerung, Ernteverträge abzuschließen, beharren sollten, aus
China 15,000 bis 20,000 Kulis zur Verrichtung
der Ernte-Arbeiten einzuführen.

Ein Denkmal zu Ehren der Luise Michel, der bekannten
französischen Kommunistin, wird auf dem Montmartre errichtet
werden. Die Kosten hierfür sollen durch öffentliche Subskription
aufgebracht werden.

Internationale Anarchistenkongress. Die Strafkammer des
Bundesgerichts Lausanne (Schweiz) verurteilte den An-
archisten Luigi Biondi, Schriftleiter in Genf und Redakteur
des Anarchistenblattes „Der Wächter“, zu einem Monat Gefängnis
und einer Geldstrafe, weil er in dem genannten Blatte das Attentat
verherrlicht hatte, welchem König Humbert in Monga zum Opfer
gefallen war. Es ist dies die erste Anwendung des neuen Bundes-
gesetzes über die strafrechtliche Ahndung der Verherrlichung anar-
chistischer Verbrechen und Aufreizung zu solchen. Die „freie“ Schweiz!

Prekäre Zustände.

Paris, den 28. November.

Der Tod im Dienste des Kapitals. Ein schwerer Ver-
unsfall ereignete sich am 27. d. M., Nachmittags, in der Gasse
auf der Siebenbürgenerstraße. Dasselbst wird ein Gasometer abge-
tragen, zu welchem Zweck durch einen Mannervollier in der obersten
Etage auf einer Balkenlage ein Gerüst errichtet worden war. An-
scheinend war einer der Balken für die auf ihm ruhende Last zu
schwach; denn als mehrere Männer auf dem Gerüst arbeiteten, stürzte
dieses zum Teil zusammen. Die auf der Galerie befindlichen Ar-
beiter kamen mit dem Schrecken davon, die auf dem Gerüst sich be-
findlichen Arbeiter konnten sich nur mit höchster Not und Mühe
retten. Der Polier aber stürzte in die Tiefe und erlitt so schwere
Verletzungen, daß der Tod nach wenigen Minuten eintrat.
— Ihr Leben müssen die Arbeiter zu Markte tragen; Baukontrolleure
aber aus eigenen Kreisen, die unabhängig von Pflichten auf das
Kapital für die Innehaltung der Bauarbeiter-Vorschriften ein-
treten würden, verweigert man ihnen.

Stadttheater. Richard Strauß' Musikdrama
„Salome“ gelangt heute Mittwoch zur Aufführung. (Anfang
8 Uhr.) Morgen Donnerstag geht Mozarts große Oper
„Die Zauberflöte“ in Szene. Freitag findet eine Wieder-
holung von Verdis Oper „Otello“ mit Herrn Tro-
st in der Titelpartie statt. Sonnabend werden die beiden
mit größtem Beifall aufgenommenen Werke „Alessandro
Stradella“ und „Die Puppenfee“ aufgeführt. — In
Vorbereitung befindet sich Gajebys große Oper
„Die Flibin“. Die Premiere von Graf Szegedys Oper
„Nemó“ findet Anfang der kommenden Woche statt.

Lobtheater. Heute Mittwoch wird das Offiziersdrama
„Charlotte von Bogen“ von Ferdinand Kunkel
und Hans von Wenzel zum dritten Male gegeben. Das
Werk fand auch bei seiner Wiederholung am Sonntag vor
ausverkauften Hause so lebhaften Beifall, daß die beiden Autoren
mehrfach gerufen wurden. Morgen Donnerstag gelangt die
Operette „Der Kongreß von Sevilla“ zum 18. Male
zur Aufführung. Am Freitag wird der jugendliche französische
Schwank „Der Prinzgemahl“ gegeben. Sonnabend findet
die Premiere der Operette „Die lustige Witwe“ von Fr.
Lehar statt. In den Hauptrollen sind die Damen Hörster,
Naberhofer, Lang, von Febro, die Herren Siegel, Brod,
Korsten, Krölling, Koch zc. beschäftigt. Sonntag wird
„Die lustige Witwe“ wiederholt. Zur Mitwirkung im zweiten Akt
ist eine echte serbische Nationalkapelle engagiert worden. Das Werk
ist völlig neu ausgestaltet.

Ensemble-Operette. Heute Mittwoch findet im Thalia-Theater ein einmaliges
Wahlspiel der K. Hofburgkapelle. Adele Sandrock mit ihrem
Ensemble Berliner Künstlerinnen. Zur Aufführung gelangt
Grillparzers Trauerspiel „Medea“ mit Adele Sandrock in der
Titelrolle. Neben der Künstlerin wirken Herr Arndt vom Deutschen
Theater in Berlin als Falon, Fr. Gähler vom Deutschen Theater als
Kreusa, Fr. Herrs vom Berliner Theater als Gora, Herr Panth
vom Sächsischen Theater als Kronm. Billetverkauf Vormittags von
10 bis 2 Uhr und an der Abendkasse im Thalia-Theater.

Im Thalia-Theater findet Sonntag die erste Aufführung
des überaus lustigen Schwanks „Der Sumpfmann“ von
Loyold Jacobson und Julius Hork statt. Das Werk fand bei
seiner Uraufführung in Nürnberg stürmischen Beifall. Vorverkauf
Freitag und Sonnabend von 10 bis 2 Uhr im Thalia-Theater.

Volkstheater. Heute Mittwoch findet im Thalia-Theater die
Aufführung der laufenden Reihe wird die Detektivkomödie „Sherlock
Holmes“ Donnerstags für Gruppe C, Sonnabend für Gruppe D
gegeben. An der Abendkasse Billetverkauf. — Die Ausgabe der
Billets für die neuen Gruppen E und F erfolgt täglich von 10 bis
2 Uhr in der Kendantur des Stadt-Theaters.

Dambold-Verein. Als nächste Abonnements-Vorstellung
für Mitglieder des Humboldt-Vereins geht „Maria Magda-
lena“ in Szene. An der Abendkasse Billetverkauf.

Breslauer Schauspielhaus. Heute Mittwoch Abends
8 Uhr geht zum dritten Male das mit großem Beifall aufgenommene
Stück „Der Hausfreund“ in der bekannten Besetzung in Szene.
Donnerstag findet die 10. Wiederholung der allbeliebtesten Operette
„1001 Nacht“ statt. In Vorbereitung befindet sich die in Wien und
Berlin mit großem Erfolg gegebene Operette „Schönheits-“, die
in vollständig neuer Ausstattung demnächst in Szene gehen wird.

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

Achtung, Steinarbeiter! Da die Arbeitsverhält-
nisse in Breslau leider sehr traurig sind, trotz Arbeitsangebot
der Firma L. Nagal im „Breslauer General-Anzeiger“, werden die
auswärtigen Kollegen ersucht, Breslau zu verlassen, da hier ver-
schiedene Kollegen ausgeperrt und gemahnt sind. Zurzeit
haben sich, ehe sie auf den Plätzen vorzureden, beim Vor-
sitzenden Robert Müller, Wilschstraße 21, parterre, oder beim
Kassierer, Otto Haberland, Rathhausstraße 185, 8. Etage, be-
zugsweise Information zu melden.

Der Vorstand.

Achtung, Sticker! Sonntag, den 2. Dezember, Nach-
mittags 4 Uhr: Auflage im Zimmer 7 des Gewerkschaftshauses
Sämtliche Kollegen werden ersucht, bis dahin die Karten vom Ver-
ein zu besorgen.

Achtung, Zimmerer! Jedd's genauer Kontrolle sollen
Sonnabend, den 8. Dezember 1906, sämtliche Verbandsmitglieder
eingezogen werden, wir fordern daher die Kameraden auf, am
genannten Tage ihre Mitgliedsbücher abzugeben. Als Ausweis
erhält jeder Kamerad, der sein Buch abgibt, eine Bescheinigung,
die bei den üblichen Bücherkontrollen vorzulegen ist. Diese
Bescheinigung ist auszufüllen und bei der Empfangnahme des
Buches an den Vorstand wieder zurückzugeben. Sonnabend, den
1. Dezember, ist Schluß des vierten Quartals und müssen bis
dahin die 40 Beitragsmarken für das Jahr 1906 gelöst sein.
Montag, den 3. Dezember 1906, Abends 8 Uhr, findet die
Vertreterwahl für die Ortskrankenkasse der
Zimmerer im Gewerkschaftshaus statt und sind die Kameraden,
soweit sie dieser Kasse angehören, verpflichtet, an dieser Wahl
teilzunehmen. Aber auch die Stadterordneten sind
zu wählen sind an demselben Tage statt; da es uns unumg-
änglich war, die Vertreterwahl zu verschieben, möchten wir alle
Kameraden, welche berechtigt sind, an den Stadterordneten-
wahlen teilzunehmen, ersuchen, dies in der Mittagspause ober-
gleich nach Feierabend zwischen 4 bis 6 Uhr zu tun.
Die Wahlberechtigten werden ersucht, die Kameraden auf diese
Mitteilung aufmerksam zu machen. Die Lokalverwaltung.

Wahlbureaus und Schlepperdienst.

Die Wahlbureaus der sozialdemokratischen Partei, von
denen aus der Schlepperdienst geleitet werden wird, befinden
sich wie am 10. November, so auch am Stichtag, von
Vormittags 8 Uhr an, in den folgenden Lokalen:

Wahlbezirk 23.

Bönig, Leuthenstraße 3.
Anort, Polenerstraße 38.

Wahlbezirk 24.

Drabner, Gräbchenstraße 44.
Schwarzer, Gräbchenstraße 78.

Wahlbezirk 26.

Niedel's Restauration, Blücherstraße 10.
Frit's Restauration, Kreuzburgerstraße 15.
Schwob's Restauration, Blücherstraße 15.

Wahlbezirk 30.

Plüße, Vorwerkstraße 82.
Langemann, Vorwerkstraße 61.

Wahlbezirk 34.

Florian (früher Gummer), Mielgasse 33.
Fiebig, Mielgasse 52.

Alle Genossen, die bereit sind, am Wahltage sich zur
Arbeit zur Verfügung zu stellen, müssen sich in diesen
Lokalen einfinden. Besonders werden in den Nachmittags-
stunden große Mengen von Parteigenossen
gebraucht, die bereit sind, als Schlepper zu fungieren.
Aber auch in den Vormittagsstunden sollen bereits Schlepper
zur Verfügung stehen. An alle irgend abkömmlichen Genossen
ergeht daher die dringende Aufforderung, sich zu diesem
Zwecke in den genannten Lokalen zur Verfügung zu halten.

Aus den Gerichtssälen.

Ein Fleischhacker

Ein Fleischhacker beschuldigt am Dienstag die Bres-
lauer Strafkammer. Am 13. Oktober, Vormittags gegen 11 Uhr,
als sich sonst niemand mehr in der Fleischhalle des Schlachthofes
befand, erbrach der Fleischhacker Felligelb eine der
Fleischellen und entwendete daraus ein halbes Schwein. Für
18 Mark verkaufte er das Fleisch, etwa 60 bis 70 Pfund, an
einen Käufer, der früher selbst Fleischer gewesen war, und es
für sich zu Wurst verarbeitete. Wegen des Diebstahls erlangte
das Gericht auf eine Gefängnisstrafe von einem Jahre. Der
Käufer wurde wegen Fehlers zu zwei Monaten Ge-
fängnis verurteilt. Felligelb hatte dem Käufer zwar ver-
gesehen, es handle sich um ein Tier, das wegen eines Knöchel-
bruchs geschlachtet werden mußte, das Fleisch sei deshalb nicht
vollwertig, das Gericht nahm aber an, als früherer Fleischer
hätte der Käufer erkennen müssen, daß es sich bei diesem Preise
nicht um reell erworbenes Fleisch handeln konnte, zumal es den
Schlachthofstempel trug.

Selbstverurteilung.

Der Füller Johann Schaller vom Füller-Regiment 89
in Olitz ist vom Breslauer Kriegsgericht der ersten Division
von der Anklage der Selbstverurteilung am 26. Juli
freigesprochen worden. Schaller ist als unehelicher Ge-
borener eingestuft worden, wohl ausgebildet, aber noch nicht
über Handhabung eines Gewehres belehrt worden. Am 4. Mai
man handierte er an einem Gewehr, als plötzlich ein Schuß
losging und dem Sch. die linke Hand durchbohrte. Er bestreitet,
sich vorsätzlich durch Selbstverurteilung zur Ablehnung der Mi-
litärpflicht unfähig gemacht zu haben. Kameraden hätten ihn
oft gehänselt, so denke er, man habe ihm, um ihn zu erschrecken,
eine Patrone ins Gewehr gesteckt. Seine Mutter hat für ihn
eine Reklamation eingereicht, weil der einzige Sohn ihr
Erben ist. Schaller hat oft gesagt, er würde nicht mehr
lange dienen. Der Gerichtsherr hat nun Berufung eingelegt und
fordert Verurteilung. Vor dem Oberkriegsgericht des
6. Armee-Korps in Breslau beantragt der Anklageverte-
ter, Kriegsgerichtsrat Prud., und der Verteidiger, Rechts-
anwalt Barisch, Freisprechung, auf die das Ober-
kriegsgericht erkannte.
Schaller ist dauernd unfähig zum Dienst als Sol-
dat, wie in der Arbeiter-Abteilung.

Briefkasten.

2. Brief. Die Grundlage der sozialdemokratischen Partei-
organisation bildet nach § 4 des Organisationsstatuts für jeden
Wahlbezirk der Sozialdemokratische Verein, dem jeder im
Wahlbezirk wohnende Parteigenosse anzugehören hat, sofern er nicht
genügende Gründe davor hindern. Erstreckt sich der Wahlbezirk über
eine Mehrzahl von Ortsgemeinden, so können in allen Orten,
in welchen Parteigenossen vorhanden sind, und die sonstigen Verhält-
nisse es zulassen, Ortsvereine des sozialdemokratischen Vereins
gebildet werden. Diese Ortsvereine sind alle nur Filialen des sozial-
demokratischen Wahlbezirk-Vereins und keine selbständigen
Organisationen. Der in Frage kommende Ort kann also keinen
neuen sozialdemokratischen Verein gründen, sondern nur einen Orts-
verein.
3. Brief. Das Abzahlungsgeschäft ist benachteiligt, denn vor Jahren
angelegentlich Geldbetrag jetzt sofort eingezogen.

Neueste Nachrichten.

Die schwarze Herrschaft in Ähln 0x1

Ähln, 27. November. Bei den heute beendeten
Stadtratswahlen der zweiten Klasse die not-
wendig geworden waren, weil die vorjährigen Wahlen dieser
Klasse wegen unzulässiger Stimmengählung für ungültig
erklärt waren, siegen die Liberalen mit durchschüssig etwa sechs
Stimmen Mehrheit. Die bisherige Zentrumsmehrheit im Stadtrat
ist damit zugunsten der Liberalen gebrochen.

Glückliche Flucht.

Wladimir, 27. November. Heute entflohen 35 Gefangene,
darunter 9 „schwere Verbrecher“, aus dem höchsten Gefängnis,
nachdem sie den Direktor, zwei von dessen Gehilfen, sowie alle Auf-
seher gebunden hatten. Die Flüchtlinge nahmen 22 Revolver mit
Patronen und drei Säbel mit sich, geschnitten die Telephonröhre und
erbrachen das Magazin, aus dem sie die Revolver entwendeten. In
der Wohnung des Direktors rannten sie, nachdem sie dessen Familien-
angehörige gefesselt hatten, Wertgegenstände. Ein Aufseher wurde
verwundet, sieben Flüchtlinge wurden in einer Entfernung von zehn
Meilen von der Stadt wieder ergriffen und ein Flüchtling in der
Stadt selbst verhaftet.

Wetterkarte des öffentlichen Wetterdienstes.

Mittwoch, den 28. November.

	Heute früh 7 Uhr		Temp.-Ext.		Wetter
	Temp.	Wind	Max.	Min.	
Kölnthalb. Br.	6	W 2	11	9	Regen
Reichen DS.	5	W 3	14	7	1
Sabellswert	4	W 1	8	6	bedeckt
Berlin	6	W 2	26	8	5
Ditrowo	6	W 3	10	7	6

Hercins-Kalender.

Breslau.

Die Bibliothek des sozialdemokratischen Vereins ist
Montag, den 3. Dezember, bei Stadterordneten-Stichwahlen
weggenommen.

Arbeiter-Sekretariat Breslau.

Mitgliedstrasse 18/19.
Sprechst. Vorm. 11—1 Uhr, Nachm. 5 1/2—7 1/2 Uhr (außer Sonn-
abend Nachmittags).

Gewerkschaften.

Mittwoch, den 28. November:
Arbeiter-Maschinen-Verein „Breslau“. Jeden Mitt-
woch: Vereinsabend.
Donnerstag, den 29. November:
Maler. Außerordentliche Generalversammlung im großen Saale,
Abends 7 Uhr.

Sonntag, den 2. Dezember:
12. Volks-Kongress, veranstaltet vom sozialdemokratischen Verein.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Montag, den 3. Dezember:
Ortskrankenkasse der Zimmerer. Abends 6 Uhr: Vertreterwahl.

Sonntag, den 9. Dezember:
Märchen-Abend im Saale. Rezitation und Gesang der Frau
Margarete Wallotte. Beginn 5 Uhr. Entrée 20 Pfg.
Kinder frei.

Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des sozialdemokratischen Vereins:

Distrikt 2 (Sauerbrunn).

Mittwoch, den 28. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft
der Bezirksführer im bekannten Lokal.

Distrikt 3 (Gräbchen Vorstadt).

Bezirk 1, 2, 6—11. Donnerstag, den 29. November,
Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Bahlabend. Sämtliche Schlepper-
karten sind mitzubringen.

Distrikt 4 (Mitolator).

Bezirk 2, 3 und 4 (Berliner- und Mariannenstraße).
Mittwoch, den 28. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der
Mitglieder.

Distrikt 6 (Mitolator).

Bezirk 4 und 15 (Anderßenstraße von 1—31 und von 2
bis 20). Mittwoch, den 28. November, Abends 8 Uhr: Zusammen-
kunft und Bahlabend im bekannten Lokal. Besprechung über die
Stadterordneten-Stichwahl.

Bezirk 12, 13, 14, 15 und 19. Mittwoch, den 28. No-
vember, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Bahlabend. Sämtliche
Schlepperkarten sind mitzubringen.

Distrikt 8 (Obertor).

Sonnabend, den 1. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr: Abrechnung
der Bezirksführer. Die noch ausstehenden Listen zu den Stadter-
ordnetenwahlen sind mitzubringen.

Distrikt 9 (Obertor).

Sonntag, den 2. Dezember, früh 10 Uhr: Abrechnung der
Bezirksführer im Distrikt-Lokal Weidenburgerstraße 33. Es ist
dringend notwendig, daß auch jeder Bezirksführer erscheint; es
handelt sich auch um die Stadterordneten-Stichwahlen.

Der Distriktsführer.

Distrikte 14 u. 15 (Ohlauer Tor).

Donnerstag, den 29. November, Abends 8 Uhr: Zusammen-
kunft aller Mitglieder, Vorwerkstraße 61. Die Bezirksführer haben
alle zu erscheinen.

Distrikt 16 (Strehlitz Tor).

Freitag, den 30. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft
aller Mitglieder bei Herrn Frei, Bohrerstraße 46c (Restaurant zur
Eisenbahn). Die Bezirksführer werden ersucht, die Mitgliederverzeich-
nisse mitzubringen.

Bezirk 7 und 7a. Sonntag, den 2. Dezember, Vormittags
10 Uhr: Zusammenkunft im bekannten Lokal. Es ist Pflicht eines
jeden Mitgliedes, persönlich zu erscheinen.

Saub-Distrikte 3 (Bezirk Groß-Mosbren).

Sonntag, den 2. Dezember, Vormittags: Bahlabend und Zu-
sammenkunft im bekannten Lokal.

Saub-Distrikt 7.

Bezirk 8. Mittwoch, den 28. November: Zusammenkunft im
bekannten Lokal.

Saub-Distrikt 8.

Sonntag, den 2. Dezember: Zusammenkunft der Mitglieder im
bekannten Lokal.

Ohlau. Bezirksführer-Zusammenkunft am Sonnabend,
den 1. Dezember, Abends 8 Uhr: Besprechung über die
Wahlbezirksabgrenzung.

Ohlau. Gewerkschaften. Sonnabend, den 1. De-
zember, Abends 8 Uhr: Außerordentliche Generalversammlung bei
Herrn Schmidt, Bahnhof zur Stadt Ohlau.

Orieg. Rabbin, Saub, Giffertreter und Arbeitervereine.
Sonntag, den 2. Dezember, Nachmittags 5 Uhr:
General-Versammlung bei Duden, Friedrichstraße. Tagesordnung:
Stimmengählung und Aufstellung der Kandidaten zu den Gewerks-
chaftswahlen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Max Müller. — Redaktion und
Verlag: Neue Zeit, Nr. 6/7. — Verlag von Ober & Schön-
— Druck von Th. Schreyer & Co. in Breslau. — (Ankündigung in Breslau
— Druck von Th. Schreyer & Co. in Breslau. — (Ankündigung in Breslau

Amerika von Riesenstreiks bedroht.

Aus New York wird uns geschrieben: Kürzlich, seitens der größten Korporationen Amerikas an ihre Arbeiter bewilligte Lohnerhöhungen, — es wurden solche, wie die kapitalistische Presse meldet, „freiwillig“ von der Pennsylvania-Eisenbahn-Gesellschaft, vom Standard Oil-Monopol, der Amalgamated Bergwerks-Gesellschaft von Montana und anderen größeren Unternehmungen gewährt — ließen die Vermittlungen aufkommen, daß Amerikas Kapital gewonnen sei, unter allen Umständen und um jeden Preis den Frieden mit der Arbeit auszuhalten und den „Agitatoren“, die ihnen schon so manchen arge Kopfschmerzen gemacht, den Wind aus den Segeln zu nehmen. Die kapitalistischen Zeitungen wußten in spaltenlangen Artikeln nicht genug des Lobes über das „freiwillige“ Entgegenkommen der Arbeitgeber zu schreiben und versuchten, ihre Leser mit dem schönen Trugbild vor Augen einzuführen, daß gegenwärtig das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit ein friedlicheres und ungetriebeneres sei, als jezt Jahren. Dieser sonntige Himmel wurde jedoch in den letzten Tagen durch Streikwellen bräunlicher Art verbunkelt. Die Erie-Bahn-Gesellschaft, deren Schienenweg sich von New-York bis nach Chicago ausdehnt und den Osten und Mittelwesten durchkreuzt, trägt hieran die Schuld. Die von ihr beschäftigten Geizer, etwa 1600 an der Zahl, drohen mit Niederlegung der Arbeit, wenn ihnen nicht höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit bewilligt werden; bis auf weiteres sind die Friedensunterhandlungen schon eingestellt worden und unter den Geizern ist seit mehreren Tagen eine Abstimmung über die Frage im Gange, ob der Streik zur Tatfache werden soll oder nicht. Soweit jezt beurteilt werden kann, ist der Ausstand schon mit überwiegender Stimmenzahl beschlossen und wenn die Wahrscheinlichkeit es wirklich auf das Äußerste ankommen lassen will, bedarf es nur noch der Zustimmung des Gewerkschafters J. F. Hanrahan von der Arbeiterpartei der Eisenbahnen — und alle Mäher des mächtigen Betriebes kommen zum Stillstand.

Die Organisation spricht ihrem Großmeister das Veto-Recht zu und schon mehrfach ist von demselben Gebrauch gemacht worden — zum Nachteil der Arbeiter! Ausgeschlossen ist es nicht, daß auch diesmal in letzter Stunde Großmeister Hanrahan den Willen der Mitgliedschaft umändert läßt und die Streikfächer als „nicht genügend“ findet, um die „nationale Katastrophe“ — wie Grover Cleveland die großen Eisenbahnstreiks nannte, als er 1894 das Bundesmilitär nach Chicago beorderte, und gegen die von unserem Genossen Eugene V. Debs geführten Streiker aufmarschieren ließ — zu verhindern.

Gelegentlich des großen New-Yorker Hochbahn- und Tunnelstreiks im März 1905 war es Großchef Warren S. Stone von den Votomotivführern, der durch Ausübung seines Veto-Rechts dem so heroisch geführten Kampfe ein plötzliches Ende machte und damit zugleich die Existenz Tausender vernichtete, die es nicht über sich bringen konnten, mit den verachteten aller Kreaturen, den Harley'schen Scabs, zusammen zu arbeiten. Stone wurde damals offen beschuldigt, die Streiker an die Interborough Rapid Transit Company auszuverkaufen zu haben. Die Kompagnie hat alle Straßenbahnen New-Yorks monopolisiert. Die erwähnten Harley'schen Scabs sind eine Horde professioneller Streikbrecher, die von ihrem Führer, der von den großen Korporationen ein Jahresgehalt von 200.000 Mark bezieht, vöndig bereit gehalten werden und bei großen Streiks sofort zur Stelle sind. James Harley ist der Name ihres Führers.

Die Votomotivführer haben ebenfalls Forderungen gestellt und zum Teil sind sie ihnen auch bewilligt worden. Sie werden als Aristokraten in der amerikanischen Arbeiterbewegung angesehen und haben sich auch stets als solche benommen. Durch ihren Großchef, denselben Warren S. Stone, der durch seine letzten Jahre Aktion so berücksichtigt geordnet ist wurde heute nach einer Konferenz mit dem Präsidenten Truckbale von der Delaware, Ladawanna u. Western-Bahn, einer der größten Gesellschaften, erklärt, daß die Votomotivführer die Geizer an der Erie-Bahn im Falle eines Streiks nicht unterstützen dürfen, da sie kontraktlich gebunden seien und die „Heiligkeit des Kontrattes“ zu schätzen wissen. Schon beginnt sich daselbst traurige Spiel des Vorjahres zu wiederholen und zu verwundern ist es nicht, wenn die Votomotivführer ihren streikenden Brüdern ihres Kontrattes wegen in den Rücken fallen.

Kommt es zum Streik, so werden unzweifelhaft die Geizer von 42 anderen Bahnen, deren Zentrale in Chicago gelegen ist, in den Sympathiestreik treten. Wie auch vom Großmeister Hanrahan bereits angedeutet worden ist. Die nächsten Tage werden die Entscheidungen bringen und man erwartet, daß sie für einen Streik ausfallen wird.

Interessant ist es, zu wissen, wie die diesige kapitalistische Presse die Situationsentwicklung beurteilt. Die „New-Yorker Staatszeitung“ leitet sich darüber wie folgt:

„Die allgemeine Unrast und Unzufriedenheit, die sich überall dokumentiert, und die nachgerade auch wohl der leichtfertige Optimist nicht megleugnen wird, hat einen solchen Kampf offensichtlich vorbereitete. Es scheint fast, als ob er provoziert und mit einem Eisenbahnstreik, diesem verderblichsten und wirkungsvollsten aller Streiks, eingeleitet werden soll.“

Das muß vermieden werden, gerade jezt können wir einen solchen Ausstand, der sich ohne Zweifel bald auf andere Bahnen ausbreiten wird, die noch garnicht oder nur teilweise die Forderungen der Arbeiter bewilligt haben, nicht brauchen, sagen die Leiter der Bahnen und großen Korporationen. Daß alles vermieden werden soll, um eine Provokation zu großen Streiks zu geben, beweist die Tendenz der großen Korporationen, aus freien Stücken, ehe noch die fordernden Delegationen ihrer Arbeiter zu ihnen kamen, Lohnerhöhungen zu gewähren. Sei es, daß sie fürchten, sei es, daß sie die Zeichen der Zeit zu lesen verstehen und vorbeugen möchten. Tatsache ist es, daß in allen Industrie-Zentren des Landes sich die Neigung geltend macht, zu gewöhnen, was früher oder später zur Forderung der Arbeiter werden dürfte.“

Ein Geheimdokument.

(Aus einer Privatquelle.)

Uns liegt ein geheimes Dokument vor, das eigentlich für einen General-Gouverneur bestimmt war und durch ein wunderbares Schicksal einen ganz andern Weg eingeschlagen hat. Dank dem letzteren Umstand gibt dieses Dokument uns die Möglichkeit, einen Blick hinter die Kulissen zu werfen, in die geheimnisvollen Räume, wo die hohe Obrigkeit schaltet und waltet und gegen die bösen Revolutionäre den Kampf führt, Geheimpolitiken und Provokationen entwirft, Verhaftungen und Verurteilungen verfügt. Dieses Dokument ist ein geheimes Bericht des Gouverneurs von Nowa an den General-Gouverneur von Wina, Nowa und Grobno. Sein Inhalt ist eine Zusammenfassung der Berichte der Geheimagenten („Agenturangaben“, wie man sie in Rußland in behördlichen Kreisen nennt) über den jetzigen Stand der revolutionären Bewegung in Nowa. Aus diesem Dokument können wir ersehen, in welchem Umfang, mit welcher Planmäßigkeit und Konsequenz die Bepitzelung der Bevölkerung betrieben wird. Es muß eine ganze Armee von Spitzeln vorhanden sein, um diese Fälle vom mannigfaltigsten Material zu

sammelnzubringen. Wie viel muß aber diese Spitzelarmee, die in ganz Rußland nicht minder zahlreich vorhanden ist, der Regierung kosten? Wie viel wird hinter der Potemkin-Deformation des offiziellen Budgets, das nur zur Täuschung des Publikums kundgemacht wird, in Wirklichkeit für den Kampf gegen das Volk ausgegeben? Hier haben wir die tatsächliche Verwendung der Eisenbahn-Anleihen, der Neuemissionen von Staatsrente u. vor unseren Augen. Der Finanzminister pumpt und pumpt, der innere Krieg verflucht aber alles. Bei einer Regierung, die einer solchen Polizeiarmee bedarf, muß das Defizit eine ständige Erscheinung sein.

Das Geheimdokument aus Nowa berichtet mit großer Ausführlichkeit über die in Nowa existierenden revolutionären Parteien und Gruppen. Die Ausführlichkeit der darin gemachten Angaben ist zweifellos eine simulierte und ist auf die Täuschung der Vorgesetzten berechnet. Die guten Herren Geheimagenten tun so, als ob ihnen alles bis auf den letzten Rest durch und durch bekannt wäre, als ob es kein einziges Geheimnis gäbe, das sie nicht durchschauten. Es ist hier etwas Klunkeret dabei. Wie viel von den gebrachten Tatsachen wahr und wie viel falsch ist, können wir nicht sagen. Aber eines ist klar ersichtlich: es sind Provokateure mit im Spiel gewesen. Die Provokateure — das ist die stärkste Waffe in der Hand der Polizei. Die Provokateure treten in die Reihen der Revolutionäre ein, sind lange Jahre bei ihnen tätig, werden schließlich zu Mittelslebern der Kommissen, und die ganze Zeit hindurch treiben sie Verrat. Wenn Provokateure bei Sozial-Revolutionären ihr Wesen treiben, so geschieht es so, daß sie sich an Intimitäten beteiligen, um keinen Verdacht gegen sich aufkommen zu lassen. Noch ein Umstand ist im Geheimdokument von Nowa auffallend: es werden angebliche Führer der revolutionären Gruppen mit Namen genannt; und diese angeblichen Führer werden nicht verhaftet, sondern auf freiem Fuß gelassen. Es ist die beliebteste Methode der Polizei: sie läßt einer revolutionären Organisation oder Gruppe die Möglichkeit, sich längere Zeit ruhig zu entwickeln, und erst später, wenn die Organisation erkrankt ist, greift sie zu und macht einen schönen Jang, der ihr reichliche Ruhmes Lorbeeren einbringt.

Die theoretischen Lehren der verschiedenen Parteien interessieren die Polizei sehr wenig. Es werden im Geheimdokument kaum einige Worte über diesen Gegenstand verloren, und was über die Theorien gesagt wird, ist ganz naiv und verworren. Wofür sich aber die Polizei in hohem Grade interessiert, ist der Umstand, ob diese oder jene Gruppe tatsächlich sich mit terroristischen Akten befaßt oder nicht, und ob nur gegen höhere Beamte oder auch gegen untere. Sehr ausführlich behandelt das Geheimdokument die Stärke jeder Partei und Gruppe in Nowa und ihren organisatorischen Aufbau.

Sechs „verbrecherische“ Organisationen zählt das Geheimdokument in Nowa auf. 1. Die Anarchisten-Kommunisten. Sie teilen sich in zwei Fraktionen: a) die Fraktion „Ohne Obere“ erkennt die Expropriationen von jeder Art Eigentum, staatlichem und privatem, an, sie erstrebt prinzipiell die Vernichtung der Administration überhaupt; b) die Fraktion „Brot und Freiheit“ setzt sich terroristische Akte gegen hochstehende Persönlichkeiten zum Zweck. 2. Die Sozial-Revolutionäre Gruppe. Ein Komitee steht an der Spitze; ihr sind zwei „politische Vereinigungen“ untergeordnet; als Verbindung zwischen den in „Zirkel“ eingeteilten Parteimitgliedern einerseits und den „politischen Vereinigungen“ und dem Komitee andererseits dient eine „Kontakvereinigung“ aus den Vertretern der Zirkel. Außerdem ist jezt in Nowa auch die „junge Fraktion“ der Sozial-Revolutionäre tätig. 3. Die Nowaer Gruppe der Russ. S. D. P. a) die Abteilung für Intellektuelle befaßt sich mit der Agitation unter den Intellektuellen. b) die Arbeiter-Abteilung unter den Arbeitern. Die sozialdemokratische Gruppe ist die mächtigste unter allen und ihr wird sehr viel Sympathie entgegengebracht. Ein Komitee steht an der Spitze; ihm ist die „Kentrale Vereinigung“ untergeordnet, die sich aus Vertretern der „politischen Vereinigungen“ zusammensetzt; die letzteren setzen sich aus Vertretern der Massenartikel zusammen. 4. Die Nowaer Organisation des russischen Arbeiterbundes ist auch sehr mächtig und ihre Mitglieder sehr zahlreich. Der Aufbau ist derselbe, wie bei der Russ. Sozialdemokratischen Partei. 5. Die Vereinigte Gruppe der Politischen Sozialistischen Partei (P. S.) und der Litauischen Sozialdemokratischen Partei in Litauen. Ihre Mitglieder erstrecken die Bewaffnung der Masse. Sie beabsichtigen, Ueberfall auf Schutzmannen zu organisieren. Sie führen eine rege Agitation unter den Bauern. Eine besondere, gut bewaffnete Kampfabteilung steht ihnen zur Verfügung. 6. Die Nowaer Gruppe der Jionisten-Sozialisten; sie ist schwach und hat wenig Bedeutung.

Dies alles meldet der Geheimbericht. Es sind Spitzelangaben; indem wir sie wiedergeben, betonen wir ausdrücklich, daß wir damit die Tätigkeit der Polizei kennzeichnen, aber keinerlei eine wahrheitsgetreue Schilderung der tatsächlichen Verhältnisse in diesen Spitzelerzeugnissen erblicken wollen.

Deutscher Reichstag.

127. Sitzung, Dienstag, den 27. November, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsische: Frhr. v. Stengel. Zunächst wird die Denkschrift über die Ausführung der Antikriegsgesetze beraten.

Abg. Folsen (Zentr.): Die Denkschrift bietet ein recht trübes Bild. Unsere Reichsschulden betragen 3 Milliarden 803 Millionen. Weit mehr als die Hälfte der Summen sind für Meer und Marine vermandt. (Hört, hört! links.) Der Vergleich mit Preußen fällt sehr zu Ungunsten des Reichs aus.

Abg. Kopsch (Freil. Vp.) bemängelt die erheblichen Ueberforderungen beim Etat von Rautschou und erkundigt sich nach der Regelung der Anwartschaftsverhältnisse der Kolonialbeamten. Staatssekretär Freiherr v. Stengel verweist in Bezug auf Rautschou auf die Marineverwaltung, die heute leider nicht vertreten sei.

Abg. Grabbe (Ztr.) tadelt die Ueberforderungen beim Etat von Rautschou. Bei einem so kleinen Etat muß sich der Jahresverbrauch übersehen lassen. Die gebührenmäßigen Etatsüberschreitungen machen das Budgetrecht des Reichstags nahezu illusorisch. Man sollte einen Teil der Rechnungsübersichten, speziell die Kolonialen, statt der Rechnungs-Kommission der Budget-Kommission überweisen.

Reichshaussekretär Frhr. von Stengel sucht die Etatsüberschreitungen zu rechtfertigen.

Abg. von Nischolsen (Zentr.) ist prinzipiell nicht gegen den Vorschlag des Abg. Grabbe, die Komptenkontrollen der Budget-Kommission, hält ihn aber für dieses Jahr unannehmlich, da die Kommission sehr spät an ihre Arbeiten kommen werde.

Reichshaussekretär Frhr. v. Stengel: Die durch das Inkrafttreten des neuen Kolonialgesetzes bewirkte Schwierigkeit der Veranschlagung der Einnahmen macht es unmöglich, den Etat vor dem 10. bis 12. Dezember dem Reichstag vorzulegen. 1906 wurde der Etat noch später eingebracht und der Reichstag ist doch vor dem 1. April fertig geworden.

Abg. W. Hermann (Natl.): Die späte Einbringung des Etats hat zur Folge, daß die erste Lesung erst nach Neujahr stattfinden kann. Mit der Anregung des Abg. Grabbe auf Erweiterung der Kompetenz der Budget-Kommission bin ich einverstanden; aber einzelne Vorlagen dürfen nicht herangeführt werden. Da das Marineamt heute nicht vertreten ist, bitte ich um Ablegung der Ueberlicht über Rautschou von der Tagesordnung.

Abg. Kopsch (Freil. Vp.) schließt sich dem Antrage an.

Abg. Singer (Sozialdemokrat): Auch wir schließen uns dem Antrage Wassermann an. Es ist eine Rücksichtlosigkeit der Marineverwaltung, daß sie nicht zur Stelle ist. Aber die einige Nichtbeanstandung der Ueberforderungen hat eben mehrere Verwaltungen übermäßig gemacht. Vom Reichstage abgeleitete Beamtenstellen sind doch geschaffen und aus dem Reservefonds noliert. Das bedeutet ganz einfach, daß das Budgetrecht des Reichstags auf immerhin illusorisch gemacht wird. Die Komptenkontrollen zwischen Budget- und Rechnungs-Kommission ist eine schwierige Sache, die sich nicht aus dem Handwelen regeln läßt. Vielleicht empfiehlt sich eine gewisse Personalunion bei der Kommission. — Für die verspätete Einbringung des Etats hat der Schatzsekretär keine durchschlagenden Gründe angeben können. Auch vor 4 Jahren wurde die verspätete Einbringung von allen Seiten getadelt. Der Etat muß so früh einbracht werden, daß die erste Lesung vor Weihnachten stattfinden kann. Man ist ja schon früher gezwungen gewesen, die Aufsicht zu verlegen zu nehmen. Ich glaube, daß dies auch in diesem Jahre der Fall sein wird, denn ich halte es für ausgeschlossen, mit dem Etat rechtzeitig fertig zu werden. Im innersten Grunde läßt die späte Einbringung des Etats auf eine Einschränkung der Etatsrechte des Reichstags hinaus.

Schon muß das Gehör der Kontingenzierung der Etatsberatung herzu. So wird die einzige Gelegenheit, die Verwaltung einer gründlichen Prüfung zu unterziehen, sehr erheblich eingeschränkt. Der Reichstag hat gar keinen Grund, wenn der unentscheidbaren, späten Einbringung des Etats seitens der Regierung auf eine gründliche Etatsberatung zu verzichten. (Leb. Beifall b. d. Sozi.) Reichshaussekretär Frhr. v. Stengel erklärt, daß die verbündeten Regierungen durchaus nicht beabsichtigt haben, irgendwo das Staatsrecht des Reichstags zu beschränken. Die verspätete Einbringung war in einer Notlage begründet.

Abg. Grabbe (Ztr.): Die Verspätung ist in der Tat verständig und bedeutet keine Einschränkung der Reichstagsrechte. Wird der Reichstag mit dem Etat nicht fertig, so muß die Regierung eben ein Votage einbringen.

Abg. Schwarze-Lippstadt (Ztr.): Im preussischen Abgeordnetenhaus wird man im Januar bis März mit dem Etat fertig.

Abg. Götze (Freil. Vp.): Das von dem Vorredner gewählte Beispiel ist höchst unglücklich. Im Landtag wird der Etat in unerhöhrter Weise durchgeprüft. (Zustimmung links.) Der Antrag Wassermann auf Ablegung der Ueberlicht von der Tagesordnung wird angenommen.

Hierauf wird die erste Lesung der Vorlage über die Reichstagsfrist der Berufsvereine fortgesetzt.

Abg. Träger (Fr. Vp.): Hier heißt es wieder einmal: Spät kommt ihr, doch ihr kommt. Aber dem Grafen Posadowsky steht nicht wie dem Grafen Stolant die Entschuldigung des langen Weges zur Seite. Eher schon kann er sich mit dem Umföhung der sozialpolitischen Stimmung an gewissen Stellen entschuldigen. Dem Wachen des sozi-politischen Feizes muß er sich vor dem Nachmachen sehr empfindlicher Güte halten, die stets große Neigung haben, sich in Gänzhänge zu verwandeln. (Sehr gut! und Heiterkeit links.) Die Vorlage kann man als Jubiläumsgabe zur silbernen Hochzeit des Reichstages mit der Sozialpolitik bezeichnen. (Heiterkeit.) Wenn aber die verbündeten Regierungen mit dieser Vorlage vor uns als Prüfungskommission ihre Meisterprüfung im Gesetzgebungs-handwerk ablegen sollten, wären sie bereits mit Baufen und Trompeten durchgefallen. (Heiterkeit.) Immerhin würde ich eine glatte Ablehnung ohne Kommissionsberatung für einen Fehler halten, denn in der Kommissionsberatung haben wir Gelegenheit zu zeigen, wie ein solches Gesetz wirklich aussehen muß. Die Vertretungsrede des Grafen Posadowsky war auf den elegischen Ton gestimmt. Wenn es nach seinem guten Herzen ginge, machte er gewiß manche Kongelonen. Er nahm sich aus wie ein gefeilter Prometheus. Die das Gesetz jezt aussteht, kann ich es den Gelehrten nicht verdenken, wenn sie sagen: auf den Reim kriechen wir nicht. (Heiterkeit und sehr wahr! links.) Ich bin auch Optimist (Heiterkeit), aber ich bin davon sehr überzeugt, daß es dem Schicksal der Juristen und der Urteilskräfte der Verwaltungsbeamten gelangen wird, sofort alle die Dinge herauszubekommen, mit denen man den Berufsvereinen Verlegenheiten bereiten und ihre Entwicklung hemmen könnte. (Sehr gut! links.) Die weiteren Ausführungen des Redners — Kritik der einzelnen Paragraphen — bleiben auf der Tribüne unterständig.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Wenn der Vorredner gewußt hätte, welche Kämpfe es mir gelostet hat, das Gesetz dahin zu bringen, wo es jezt ist, nämlich dahin, daß es meiner Ueberzeugung nach den berechtigten Forderungen der Arbeiter und den berechtigten Wünschen der Mehrheit des Hauses entspricht, so würde er mir vielleicht manche Vorwürfe erspart haben. (Heiterkeit und Bewegung.) — Man kann über das Maß der im Entwurf verlangten Rauten verschiedener Ansicht sein; aber die Behauptung, er enthalte ein Uebermaß kleinlicher Polizeikontrolle, muß doch entschieden zurückgewiesen werden. Der Schutz der Minderheit und die Bürgerpflicht, daß nicht politische Zwecke verfolgt werden, waren unbedingt notwendig.

Wer die Vereine gegen die Willkür der Staatsbehörden schützen will, muß auch die einzelnen Mitglieder gegen die Willkür des Vereinsvorstandes schützen. Wir wollen die Freiheit des Vereins, aber auch die Freiheit des einzelnen Mitgliedes innerhalb des Vereins. Die Einreichung des Mitgliedsverzeichnisses ist im Interesse des Schutzes der Minderheit notwendig. Man sagt, daß sie zur Spionage und Angeberei führt, aber gegen Angeberei und Spionage gibt es kein Mittel. Man hat bemängelt, daß die Mitglieder nur für die ordentlichen Beiträge haften sollen. Gegenwärtig aber kann der Verein ja überhaupt nicht klagen. Man soll doch auch nicht vergessen, daß die Maßnahmen der Verwaltung, die in der Vorlage vorgesehen sind, der richterlichen Nachprüfung im Verwaltungsstreitverfahren unterliegen. (Zuruf links: Wo steht das?) Das liegt schon darin, daß in Preußen notwendig das Verwaltungsstreitverfahren gegen alle polizeilichen Maßnahmen zulässig ist. Ob das Mitglieder-Verzeichnis eingereicht werden soll oder ob es genügt, daß die Behörden Einsicht darin nehmen können, ist keine prinzipielle Frage; darüber können wir uns in der Kommission verständigen. Aber eine Kontrolle muß möglich sein. Das englische Recht geht in diesem Punkte bedeutend weiter, als diese Vorlage. Wenn man bemängelt hat, daß wir Bestimmungen dem Genossenschaftsgesetz entlehnt haben, so möchte ich bemerken, daß die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften ihrer inneren Natur nach den Berufsvereinen am nächsten stehen. (Zuruf bei der Sozi.: Durchaus nicht!) Was die Handlungsbefugnisse betrifft, so fallen sie nach meiner Auffassung unter das Gesetz. Der Abg. Bernheim hat im Juli 1906 der „Sozialistischen Monatshefte“ geschrieben: Die Lohnarbeiterhaft bildet einen so ungewohnlichen großen Bestandteil ihrer laufenden Interessen durch allgemeine aus den Angehörigen aller Berufs-zusammengehörige Arbeitervereinigungen hergeleitet zu können. (Hört, hört! rechts.) Ganz derselben Auffassung sind die verbündeten Regierungen, die sich in dieser Beziehung mit dem Abg. Bernheim in vollster sachlicher Uebereinstimmung befinden. (Heiterkeit rechts.) Schon manne Genossenschaft der verbündeten Regierungen sind hier schon getadelt

